

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Migration

Von der Leyen verurteilt das Vorgehen von Belarus

Seite 3

IM FOKUS

Vestager

Demokratie bedarf klarer Regeln – auch für das Internet

Seite 5

Arbeitsprogramm

Kommission ruft 2022 zum Jahr der Jugend aus

Seite 7



In einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen sich Valdis Dombrovskis (rechts im Bild) und Paolo Gentiloni für eine gesunde und breit angelegte Debatte über die wirtschaftspolitische Steuerung aus.

Credit © European Union, 2021

UN-KONFERENZ

Von der Leyen mahnt Klimafortschritte an

Vor Beginn der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow am 31. Oktober hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz angemahnt. „Wir haben die Pflicht, unsere Erde für künftige Generationen zu bewahren“, forderte von der Leyen, die zum Auftakt der Beratungen nach Glasgow reist, unterschiedene Emissionseinsparungen bis zum Ende des Jahrzehnts ein. Die EU strebt in Glasgow eine Vereinbarung zur Reduzierung des Klimagases Methan um 30 Prozent bis 2030 an. Zudem soll mit Südafrika eine Übereinkunft für einen gerechten Klimaübergang besiegelt werden. In der EU hatten Erneuerbare im Vorjahr erstmals fossile Brennstoffe als wichtigste Energiequelle abgelöst.

Energiewende

STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Debatte über solide Finanzen und nachhaltige Investitionen

Die EU-Kommission eröffnet eine Debatte über eine Anpassung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Mitgliedstaaten. „Die Pandemie hat einige Herausforderungen sichtbarer hervortreten lassen: höhere Defizite und Schulden, größere Divergenzen und Ungleichheiten sowie einen höheren Investitionsbedarf. Wir brauchen Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung, die diese Herausforderungen direkt angehen können“, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission.

> „Wir wollen Ansichten und Ideen hören, einen Konsens schaffen“, stellte Dombrovskis weiter klar. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt hatten sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame fiskalpolitische Grundsätze verständigt. Mit Blick auf die Pandemie und die notwendigen Investitionen hatte die Kommission die Ausnahmeklausel aktiviert und das Regelwerk bis Ende des Jahres außer Kraft gesetzt. Die Kommission will die Zeit nutzen, um eine Anpassung der wirtschaftspolitischen Steuerung zu erörtern. „Wir brauchen eine gesunde und breit angelegte Debatte, um sicherzustellen, dass die Regeln die veränderte wirtschaftliche Realität widerspiegeln und uns für die Zukunft wappnen“, schrieben Dombrovskis und EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni in einem gemeinsamen Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die gelten-

den Regeln hätten Schwächen, heißt es weiter: „Die Verschuldung blieb in einigen Ländern hartnäckig hoch, die Haushaltspolitik blieb prozyklisch und Anpassungen wurden oft durch die Kürzung öffentlicher Investitionen erreicht.“

So bringt die Kommission unter anderem in die Debatte ein:

> **Defizitkriterium:** Die in Maastricht vereinbarten Konvergenz-Kriterien besagen, dass die Neuverschuldung 3 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft nicht übersteigen darf. Derzeit liegt sie bei durchschnittlich rund 7 Prozent. „Aber mittelfristig ist die Defizitregel eine, die – mit etwas Flexibilität – nicht unerfüllbar ist“, sagte Gentiloni dem „Handelsblatt“. Auch Dombrovskis hält an der Vorgabe fest. >>

“ Wir müssen unsere Gesellschaften nachhaltiger, fairer und wettbewerbsfähiger machen. Dazu brauchen wir effektive Regeln. ”

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission

- >> „Unser Regelwerk funktioniert. Es bietet einen Rahmen für die öffentlichen Finanzen, besonders das Drei-Prozent-Defizitkriterium, das zum Maßstab wurde, um exzessive Ausgaben zu vermeiden“, betonte er.
- > **Schuldenquote:** Die Maastricht-Kriterien beinhalten, dass der Schuldenstand eines Landes 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft nicht übertrifft. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten kann diese Vorgabe derzeit nicht erfüllen, so liegt Deutschlands Schuldenquote pandemiebedingt bei 71 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die Kommission regt deshalb an, Schulden abzubauen, zugleich aber Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Digitalisierung zu ermöglichen. „Es wird entscheidend sein, den hohen öffentlichen Schuldenstand zu verringern“, sagte Dombrovskis und fügte hinzu: „Aber wir müssen das auf eine intelligente, schrittweise, nachhaltige und wachstumsfreundliche Art und Weise machen.“ „Es ist entscheidend, dass wir die Verschuldung reduzieren. Aber wir können nicht zulassen, dass dabei das Wachstum abgewürgt wird“, mahnte Gentiloni Spielraum für Investitionen an. So sind allein für die grüne Transformation im Zuge des Europäischen Grünen

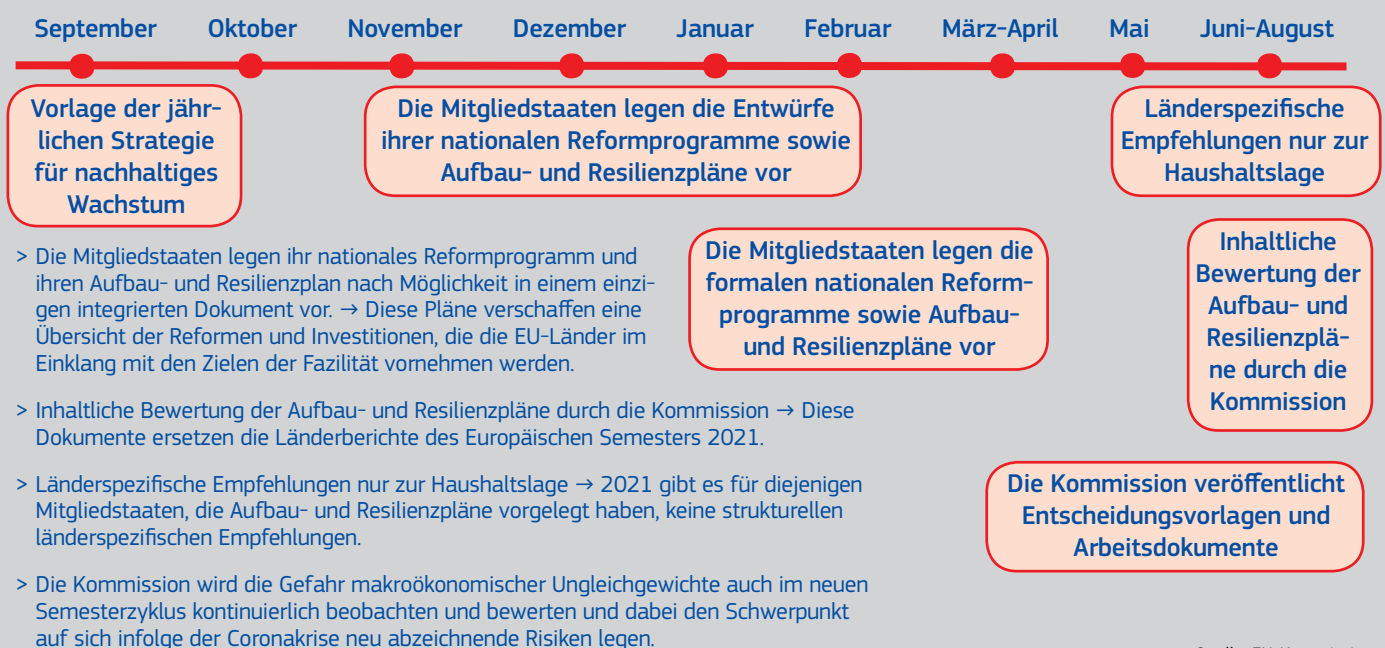
Deals bis 2030 jährlich Anschubfinanzierungen in Höhe von 520 Mrd. Euro erforderlich.

- > **Vereinfachung:** Eine Anpassung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beschäftigt die EU seit einem knappen Jahrzehnt; bereits 2011 und 2013 wurde das Regelwerk ergänzt. „Schon vor der Pandemie hat sich gezeigt, dass die Anwendung der Regeln sehr komplex geworden ist und dass sie konjunkturverstärkend wirken“, bilanzierte Gentiloni. Die Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen hatte deshalb im Vorjahr eine Debatte über die Anpassung der wirtschaftspolitischen Steuerung angestoßen. Dann kam die Pandemie. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen zu überwinden, hatte die Kommission das Investitionsprogramm NextGenerationEU mit dem zentralen Aufbau- und Resilienzfonds (RRF) angestoßen, 37 Prozent der Aufbauhilfen sind für den Klimaschutz veranschlagt, 20 Prozent für die Digitalisierung. „Der Ansatz, den wir beim Wiederaufbaufonds NextGenerationEU gewählt haben, hat sich bewährt: Die Mitgliedstaaten machen Reformvorschläge, die dann von der Kommission analysiert und schließlich dem europäischen Rat zur Abstimmung vorgelegt werden“, lobte Gentiloni die neue Vorgehensweise. „Eine einzigartige Verwaltungsstruktur von Teilhabe, Transparenz und Dialog“, sagte auch Dombrovskis und nannte die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Kommission im Zuge von NextGenerationEU vorbildlich. (pr) >|

■ Wachstumspakt

Änderung des Zyklus des Europäischen Semesters 2021

Vorübergehende Anpassungen am Europäischen Semester im Hinblick auf dessen Koordinierung mit der Aufbau- und Resilienzfazilität



MIGRATION

Von der Leyen verurteilt das Vorgehen von Belarus

Im August dieses Jahres informierte sich EU-Innenkommissarin Ylva Johansson über die Lage an der litauisch-belarussischen Grenze.
Credit © European Union, 2021

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich besorgt über die Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus geäußert. „Wir ordnen das Verhalten der weißrussischen Regierung als hybriden Angriff ein. Menschenleben dürfen nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden. Wir werden den Druck auf das Lukaschenko-Regime aufrechterhalten“, erklärte die Kommissionspräsidentin nach dem EU-Gipfel in Brüssel. Bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten waren auch die Lage in Afghanistan und die Migration zentrale Themen.

Die Kommission werde die Mitgliedstaaten auch weiterhin beim wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen unterstützen, versprach von der Leyen. Die EU werde ihre Zusammenarbeit mit Drittstaaten intensivieren, um „staatlich gefördertem Schleusertum Einhalt zu gebieten“, erläuterte die Präsidentin das weitere Vorgehen. Zugleich

ermunterte von der Leyen die Mitgliedstaaten, das von der Kommission vorangetriebene neue Migrations- und Asylpaket zügig zu verabschieden. Das Vorgehen des Regimes in Belarus zeige „aufs Neue die Notwendigkeit einer geschlossenen, effektiven und gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik“, bekräftigte die Präsidentin.

■ *Migrations- und Asylpaket*

VERBRAUCHERSCHUTZ

EU weitet Umweltzeichen für Kosmetika aus

Die EU-Kommission hat neue Kriterien für das EU-Umweltzeichen für Kosmetika und Tierpflegeprodukte angenommen, die Europas Verbraucherinnen und Verbrauchern einen verlässlichen Nachweis für umweltfreundliche Produkte bieten. „Das EU-Umweltzeichen hilft Verbrauchern, sich für zuverlässige, zertifizierte grüne Produkte zu entscheiden, und unterstützt den Übergang zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft“, sagte Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius.

Das EU-Umweltlabel wurde 1992 eingeführt. Es bietet ein von Dritten geprüftes Zertifikat, das die Umweltfolgen eines Produkts während seines gesamten Lebenszyklus berücksichtigt. Bisher erfasste das Label allein so genannte Rinse-off-Produkte wie Körperpflegemittel, Shampoo und Conditioner. Die aktualisierten Vorschriften erstrecken sich auch auf Leave-on-Kosmetika wie Cremes, Öle, Hautpflegelotionen, Deodorants und Antitranspirantien, Sonnenschutzmittel sowie Haarstyling- und Make-up-Produkte.

■ *Umweltlabel*

BEITRITTSPEKTIKE

Kommission legt Erweiterungsbericht vor

Die Kommission hat ihr Erweiterungspaket 2021 mit einer detaillierten Bewertung der Beitrittskandidaten des Westbalkans und der Türkei verabschiedet. „Die neue Erweiterungsmethodik sieht einen leistungsorientierten Ansatz vor. Dabei liegt der Schwerpunkt stärker auf grundlegenden Reformen in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Grundfreiheiten, Wirtschaft und der Funktionsweise der demokratischen Institutionen“, erklärte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU-Kommission.

„Es ist an der Zeit, dass wir zusammenkommen und gemeinsam ein stärkeres Europa aufbauen“, unterstrich Borrell die Beitrittsperspektive der Länder des Westbalkan Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und dem Kosovo. Bei der Bewertung der Türkei wurden die ernstesten Bedenken hinsichtlich der anhaltenden Verschlechterung in den Bereichen Rechtsstaat, Grundrechte und Unabhängigkeit der Justiz bestätigt.

■ *Erweiterungspaket*

GASPREISE

Von der Leyen: Von Energieimporten unabhängig machen

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu verringern. „Es liegt auf der Hand, dass wir mehr umweltfreundliche Energiesysteme brauchen“, sagte von der Leyen nach den Beratungen der Staats- und Regierungschefs über die Energiepolitik auf dem EU-Gipfel. Zuvor hatte die Präsidentin zu den stark gestiegenen Energiepreisen erklärt: „Die gesamte Welt ist betroffen – unabhängig vom Energieverbrauch der Länder und der Klimapolitik oder der Gestaltung des Strommarktes. Dennoch ist die Situation in Europa besonders. Gazprom hat jüngst zwar seine langfristigen Verträge mit uns erfüllt, nicht aber auf die gestiegene Nachfrage reagiert, wie das noch in vergangenen Jahren der Fall war.“ Europa sei zu stark abhängig von Gasimporten, erklärte die Präsidentin. „Und das macht uns verwundbar.“

Die Kommission hatte den Mitgliedstaaten vor dem Gipfeltreffen ein Maßnahmenpaket zur Energiepolitik vorgelegt. Dazu gehören unter anderem Energievoucher für einkommensschwache Haushalte sowie Abgabensenkungen auf Strom und Gas.

■ *Energiepolitik*

COVAX-INITIATIVE

EU stellt eine Milliarde Impfdosen bereit



Die EU hat in den vergangenen zehn Monaten mehr als eine Milliarde Impfdosen exportiert. „In der EU hergestellte Impfstoffe wurden in mehr als 150 Länder auf allen Kontinenten versandt – von Japan bis in die Türkei, vom Vereinigten Königreich bis nach Neuseeland, von Südafrika bis nach Brasilien“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie erklärte weiter: „Wir haben über COVAX rund 87 Millionen Dosen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen geliefert. Die EU ist ganz eindeutig der größte Exporteur von COVID-19-Impfstoffen.“ Die EU war bei der globalen Antwort auf die Pandemie führend und hatte gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und anderen die COVAX-Initiative gestartet, die für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe und Zugang zu Corona-Medikamenten auf der Welt eintritt.

Zugleich teilte die Kommission mit, dass der digitale Corona-Pass der EU bereits 591 Millionen Mal ausgestellt worden sei und damit nicht allein das Reisen, sondern auch das tägliche Leben vereinfacht. Neben den 27 EU-Mitgliedstaaten ist das digitale COVID-Zertifikat in 16 weiteren Ländern im Einsatz.

▮ *Globale Impfinitiative*

BASEL III

Strengere Eigenkapitalregeln für Banken

Zur Sicherung der Finanzmarktstabilität hat die EU-Kommission strengere Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute vorgelegt. „Das heutige Paket stellt sicher, dass der EU-Bankensektor fit für die Zukunft ist und auch weiterhin eine zuverlässige und nachhaltige Finanzierungsquelle für die EU-Wirtschaft sein kann“, erklärte Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness. Die Vorschläge sehen unter anderem vor, dass die Banken die Berechnung der Kreditrisiken nicht zu gering ansetzen. Zudem gelten strengere Vorgaben für Tochterunternehmen von Banken aus Drittstaaten in der EU. Für eine Anpassungsphase bis 2032 wird darüber hinaus eine vereinfachte Vergabe von Krediten an Unternehmen ohne Kreditrating wie Mittelständlern geregelt.

Die EU setzt mit dem Gesetzespaket zur höheren Eigenkapitalanforderung für Banken eine internationale Vereinbarung im Rahmen der G20 um, allgemein bekannt als Basel-III-Paket. Die neuen Vorgaben sollen das Kreditgeschäft von Banken besser absichern und somit die Risiken von Kreditausfällen für das Finanzsystem verringern. „Wir stehen heute besser da als vor zehn Jahren, aber unsere Arbeit ist noch nicht beendet“, bilanzierte McGuinness.

▮ *Neue EU-Bankenvorschriften*

WETTBEWERB

EU-Exporte um 5,4 Mrd. Euro gestiegen

Durch die strikte Umsetzung bestehender Handelsregeln hat Europas Wirtschaft ihre Ausfuhren im Jahr 2020 um 5,4 Mrd. Euro steigern können. „Bei einer durchsetzungsfähigen Handelspolitik geht es darum, sicherzustellen, dass unsere Partner ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen. Das unterstützt europäische Unternehmen und sichert Arbeitsplätze“, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für Handelspolitik, bei der Vorstellung des ersten Jahresberichts zur Umsetzung der Handelspolitik.

So konnte die Kommission im Warenverkehr mit 22 Ländern 33 einseitige Handelshemmnisse beseitigen. Europäische Unternehmen haben 2020 zusätzliche Ausfuhren in Höhe von 4 Mrd. Euro getätigt, welche ohne die Beseitigung von Hindernissen in den vergangenen fünf Jahren nicht möglich gewesen wären. Eine zentrale Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) konnte vor allem Mittelständler in ihrem Außenhandel unterstützen. „Wir werden schon bald Vorschläge zur weiteren Verteidigung unserer Handelsinteressen mit einem neuen Instrument vorlegen“, kündigte Dombrovskis an.

▮ *Anschub der EU-Ausfuhren*

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn
 Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
 E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
 Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
 Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



HUMBOLDT-REDE ZU EUROPA

Vestager: **Demokratie** bedarf **klarer Regeln** – auch für das **Internet**

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, hat die Bedeutung eines klar regulierten Internets für die Freiheit in einer offenen, demokratischen Gesellschaft hervorgehoben. „Wenn Lincolns berühmte Definition stimmt, kann es keine demokratische Digitalisierung ohne Technologien geben, die ‚vom Volk und für das Volk arbeiten‘, sagte Vestager in ihrer Humboldt-Rede zu Europa über „Demokratische Werte in einer digitalisierten Gesellschaft“ in Berlin.

> Vestager erinnerte in ihrer Rede vor Studentinnen und Studenten an die Universitätsidee Wilhelm von Humboldts mit der offenen Debatte als wesentlichem Element. „Demokratie gedeiht in öffentlichen Räumen – in Cafés, in Universitäten, im Parlament“, betonte sie den Wert der Diskussion im öffentlichen Raum und ergänzte: „Es braucht Orte, an denen Menschen diskutieren können, sich widersprechen und – hoffentlich – einen Kompromiss finden.“

Das Internet bedrohe die offene Debatte im öffentlichen Raum, so Vestager. In seiner Anfangszeit sei das Netz noch ein „chaotischer Ort“ gewesen. „Dann kamen die Plattformen“, sagte sie, „und mit zunehmender Macht auch mehr Kontrolle“. Mit ihren algorithmenoptimierten Suchergebnissen schafften Plattformen eigene, kleine Gedankeninseln. „Wenn Sie Ihre eigene Realität haben, wird die Demokratie privatisiert. Die Gesellschaft wird fragmentiert“, warnte die Exekutiv-Vizepräsidentin.

„Mit unserer Gesetzgebung stellen wir die demokratische Kontrolle wieder her“, begründete Vestager den Rechtsrahmen der EU-Kommission für Internetfirmen. Als regulatorisches Korrektiv führte sie an:

> **Datenschutzgrundverordnung:** Bereits 2016 besiegelte die EU eine Datenschutzgrundverordnung, die den Bürgerinnen und Bürgern die Kontrolle über ihre Daten im Internet gibt. „Wir haben einen internationalen Standard mit Blick auf den Schutz persönlicher Daten gesetzt, mehr aber noch, wir haben die liberale Demokratie bewahrt“, erklärte Vestager.

> **Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act – DMA):** Ein geregelter Marktplatz sei eine Voraussetzung für eine offene Gesellschaft, so die Exekutiv-Vizepräsidentin. Große Internetfirmen würden sich mit ihren Kenntnissen über die Daten der Nutzerinnen und Nutzer aber entschei-



dende Vorteile verschaffen und den Markt außer Kraft setzen. Die EU-Kommission hatte deshalb Ende 2020 mit dem Gesetz über digitale Märkte wettbewerbsrechtliche Vorschläge vorgelegt, die großen Internetunternehmen, so genannten Gatekeepern (Torwächtern), Vorgaben auferlegen, ihre Angebote auch für andere Anbieter zu öffnen.

> **Rechtsakt für digitale Dienste (Digital Services Act – DSA):** Die Gesetzesinitiative, ebenfalls Ende 2020 auf den Weg gebracht, schafft Regeln für das Internet. So müssen Online-Plattformen ihre Werbebanner und Empfehlungsalgorithmen offenlegen. Damit wird personalisierte Werbung transparenter. Illegale Inhalte wie Hasskommentare müssen zügig aus dem Netz verschwinden. „Es ist wie im Straßenverkehr, auch dort brauchte es einmal klare Regeln“, so Vestager. Beide Initiativen könnten Anfang 2023 in Kraft treten.

“ Wir verfolgen ein klares Ziel: Die Technik muss dem Menschen dienen. ”

Vestager widersprach Behauptungen, die Initiativen richteten sich einseitig gegen große transatlantische Techfirmen. Es gehe darum, den „eisernen Zugriff zu lockern, den einige große Internetunternehmen über unsere Gesellschaften gewonnen haben“, so Vestager. Sie verwies auf die Zusammenarbeit mit den USA im gemeinsamen Technologie- und Handelsrat TTC. Die EU müsse mit gleichgesinnten Ländern in Fragen der Technologieregulierung zusammenarbeiten, um die Demokratie zu bewahren. (pr) >|

Margrethe Vestager referierte in ihrer Humboldt-Rede zu Europa über „Demokratische Werte in einer digitalisierten Gesellschaft“.

Margrethe Vestager,
Exekutiv-Vizepräsidentin
der EU-Kommission

POLEN

Präsidentin von der Leyen mahnt **Vorrang** europäischen Rechts an

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in einer Rede vor dem Europäischen Parlament ihre Sorge über das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts zum Verhältnis von EU-Recht zu nationalem Recht zum Ausdruck gebracht. „Wir werden die Rechtsstaatlichkeit und die Verträge der EU verteidigen, mit allen Mitteln“, sagte von der Leyen und stellte klar: „Die Kommission wird handeln.“



Blick auf das Gebäude des polnischen Verfassungsgerichts (Trybunał Konstytucyjny) in Warschau.

EuGH ordnet Zwangsgeld an

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begrüßte die Erörterung von Rechtsstaatsfragen auf dem EU-Gipfel. „Jeder hat seinen Anteil daran, Rechtsstaat und Unabhängigkeit der Justiz zu schützen“, so von der Leyen. Finnlands Regierungschefin Sanna Marin warnte: „Unsere Unternehmen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass EU-Recht und -Rechtsprechung vor nationalem Recht und Gerichten geht.“

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) verurteilte Polen wegen der Missachtung seines Urteils zur Unrechtmäßigkeit der Disziplarkammer für Richterinnen und Richter zu einem täglichen Zwangsgeld von 1 Million Euro.

> Das polnische Oberste Gericht hatte Anfang Oktober Teile des europäischen Rechts für unvereinbar mit der polnischen Verfassung erklärt. „Ich bin zutiefst besorgt“, kritisierte von der Leyen diese Auffassung. Das Urteil „stellt die Grundlagen der Europäischen Union infrage. Es ist eine unmittelbare Herausforderung der Einheit der europäischen Rechtsordnung“, erklärte die Präsidentin und ergänzte: „Nur eine gemeinsame Rechtsordnung ermöglicht gleiche Rechte, Rechtssicherheit, gegenseitiges Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten.“

Von der Leyen nannte drei Optionen für das weitere Vorgehen:

- > **Konditionalitätsmechanismus:** Im Zuge des Corona-Aufbauprogramms NextGenerationEU vereinbarten die Mitgliedstaaten im Vorjahr Sanktionen zum Schutz des EU-Haushalts bei Verstößen gegen gemeinsame Regeln, dazu gehören zum Beispiel Verstöße gegen Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Entsprechenden Sanktionen müssen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit zustimmen. „Die polnische Regierung muss uns erklären, wie sie die europäischen Gelder schützen will – angesichts dieses Urteils ihres Verfassungsgerichts“, sagte von der Leyen.
- > **Vertragsverletzungsverfahren:** Bei Verstößen gegen das EU-Recht kann die Kommission auch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen einen

Mitgliedstaat anstrengen. Erfolgt keine Einigung, kann die Kommission den EuGH anrufen, der Bußgelder verhängen kann. „Wir können und werden nicht zulassen, dass unsere gemeinsamen Werte aufs Spiel gesetzt werden“, sagte von der Leyen. „Es gibt Mittel und Wege, Mitgliedstaaten zur Einsicht zu bewegen, etwa finanzielle Sanktionen“, mahnte auch EuGH-Präsident Koen Lenaerts in der Zeitung „De Standaard“.

- > **Artikel-7-Verfahren:** Dritte Option ist ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags. Es kann von der Kommission, dem Europäischen Parlament oder einem Drittel der Mitgliedstaaten angestrengt werden. Die Sanktionen reichen bis hin zum Entzug des Stimmrechts. Ein Verstoß gegen das EU-Recht muss von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten einstimmig festgestellt werden.

„Ich bin seit jeher eine Verfechterin des Dialogs gewesen und werde das auch in Zukunft sein. Diese Situation kann und muss gelöst werden“, so von der Leyen. Die Präsidentin erläuterte vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Risiken, die sich aus dem jüngsten Urteil des polnischen Obersten Gerichts sowie der Justizreform des Landes ergeben. „Das Urteil untergräbt den in Artikel 19 des Vertrags garantierten Schutz der richterlichen Unabhängigkeit in der Auslegung des Europäischen Gerichtshofs. Ohne unabhängige Gerichte sind Menschen weniger geschützt und folglich ihre Rechte in Gefahr“, erklärte von der Leyen. Die Menschen in Polen müssten sich „wie alle Menschen in Europa auf eine gerechte und gleiche Behandlung durch die Justiz verlassen können“, mahnte die Präsidentin.

Polen war der EU 2004 beigetreten, hatte zuletzt aber mehrfach EU-Recht übergangen. So hatte die Kommission im September im Zuge eines Vertragsverletzungsverfahrens beim EuGH Finanzsanktionen beantragt, weil sich die polnische Regierung weigert, ein entsprechendes Urteil des höchsten europäischen Gerichts zur Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter im Land umzusetzen. Im Juli hatte die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der fehlenden Gewährleistung von LGBTIQ-Rechten im Land eröffnet. (pr) >|

Rechtsstaatlichkeit in Polen

ARBEITSPROGRAMM

Kommission ruft 2022 zum Jahr der Jugend aus

Die EU-Kommission hat für das kommende Jahr 42 neue Gesetzesinitiativen angekündigt, die Europa für die Herausforderungen der Zukunft wappnen. Das Arbeitsprogramm greift Lehren aus der Pandemiekrise auf und lenkt die Aufmerksamkeit auf die junge Generation mit dem Europäischen Jahr der Jugend 2022. „Es reicht nicht aus, dass wir uns von einer Krise dieser Größenordnung lediglich erholen, sondern wir müssen stärker und resilienter werden. Das Arbeitsprogramm für 2022 steht unter diesem Vorzeichen“, sagte Maroš Šefčovič, Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau.



© Shutterstock

> „Die Pandemie hat große Opfer von unseren Bürgerinnen und Bürgern verlangt – besonders von den jungen Menschen“, erklärte Šefčovič zum Vorschlag der Kommission, das kommende Jahr zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen.

Die insgesamt 42 Initiativen konzentrieren sich auf die sechs Politikfelder, die Präsidentin Ursula von der Leyen als Schwerpunkte ihrer ersten Amtszeit definierte. Sie umfassen unter anderem:

- > **Klimaschutz:** Die Kommission hat mit dem Europäischen Grünen Deal das Ziel ausgegeben, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Das Paket „Fit for 55“ weist den Weg, den Ausstoß an Klimagasen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken. Dazu folgt im kommenden Jahr ein Vorstoß für die Zertifizierung der Kohlendioxid-Entfernung aus der Atmosphäre, etwa durch Aufforstung. Ferner unternimmt die Kommission weitere Schritte hin zur emissionsfreien Mobilität, etwa durch eine Überprüfung der CO₂-Abgasnormen für schwere Lkw. Ein Recht, Produkte reparieren zu lassen, stärkt die Kreislaufwirtschaft.
- > **Digitalisierung:** „Wir sind entschlossen unseren Weg fortzusetzen, Europa fit für das digitale Zeitalter zu machen“, erklärte Šefčovič. So folgt 2022 eine Initiative, um digitale Kompetenzen an Schulen und Universitäten zu fördern. Ein europäisches Gesetz zur Cyberresilienz wird gemeinsame Sicherheitsnormen für die digitale Welt festlegen. Wie von der Kommissionspräsidentin bereits in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt, wird 2022 zudem ein Vorschlag für ein europäisches Chip-Gesetz vorgelegt, um

Halbleiter-Lieferengpässen der europäischen Industrie zu begegnen.

- > **Wirtschaft im Dienste des Menschen:** Die Kommission werde sich weiter für eine sozial gerechte Wirtschaft einsetzen, bekräftigte Šefčovič. So wird es im kommenden Jahr eine Initiative für ein angemessenes Mindesteinkommen geben. Im Bereich der Arbeitssicherheit folgt ein Gesetz zum Schutz vor Asbest am Arbeitsplatz. Die internationale Einigung über eine Mindeststeuer für weltweit tätige Unternehmen wird rasch in europäisches Recht überführt.

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das kommende Jahr lenkt die Aufmerksamkeit besonders auf die junge Generation.

“ Die Initiativen erlauben es uns, stärker aus der Krise zurückzukommen. ”

- > **Geopolitische Kommission:** Im kommenden Jahr stellt die Kommission eine neue Global-Gateway-Strategie vor, in deren Rahmen Partnerschaften mit Ländern weltweit aufgebaut und Handel und Investitionen gestärkt werden. Zudem wird eine neue Strategie über internationales Energieengagement vorgestellt, um die Einfuhr fossiler Energieträger wie Öl und Erdgas zu verringern und den Anteil erneuerbarer Energien auszubauen.
- > **Europäische Lebensweise:** Zum Europäischen Jahr der Jugend wird 2022 das Programm ALMA aufgelegt, das nach dem Vorbild des Austauschprogramms Erasmus+ auch benachteiligten Jugendlichen einen Gastaufenthalt im europäischen Ausland ermöglicht. Als Konsequenz aus der Pandemie wird zudem eine Strategie zur Betreuung und Pflege vorgestellt – von der Kinderbetreuung bis zur Pflege im Alter. (pr) >|

Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission

■ „Europa gemeinsam stärker machen“

VIRTUELLE KONFERENZ

Impulse für die Kommunikation von Erasmus+

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im Programm Erasmus+ beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (NA DAAD) lädt am 23. und 24. November 2021 zu einer virtuellen Konferenz ein, die Hochschulen konkrete und praxisnahe Impulse für die Kommunikation von Erasmus+ geben soll. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie zu Zielgruppen, Inhalten und Zeitplänen. Daraus sollen die Nutzung verschiedener Materialien, Medien und Kanäle für die Öffentlichkeitsarbeit und die jeweilige Ansprache der unterschiedlichen Zielgruppen innerhalb einer Hochschule erarbeitet werden.



Besonders wichtig – wegen Corona und auch, weil häufig gewünscht – ist dabei die digitale Kommunikation über Soziale Medien und deren Chancen. Dabei wird ein Schwerpunkt auf Instagram liegen, damit die Studierenden dort erreicht werden können, wo sie sich täglich virtuell aufhalten.

■ *Erasmus+ Kommunikationstagung*

MOVIEUNITED

Frist für Filmpreis verlängert

Kreative Köpfe, Blogger und Filmschaffende aus ganz Europa haben dank einer Verlängerung der Abgabefrist noch bis 31. Dezember 2021 Zeit, ihre Kurzfilme beim europäischen Filmpreis MovieUnited einzureichen. Die maximal 60 Sekunden langen Videos sollen die Frage „How will EU shape your future?“ beantworten und können von Einzelpersonen und Gruppen eingereicht werden.



Der europäische Video-Award vergibt Geldpreise im Gesamtwert von 4.500 Euro und wird vom Europäischen Parlament und der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in München veranstaltet.

■ *MoviEUUnited*

DIGIPACKEU 2021

Fortbildungsreihe für Lehrkräfte

Die Europäische Akademie Berlin richtet sich mit ihrer Fortbildungsreihe „DigiPackEU 2021“ an alle interessierten Lehrkräfte und Multiplikatoren der europapolitischen Bildung. Sie befasst sich mit den aktuellen politischen Fragestellungen Europas: Welche Inhalte und Perspektiven hat die Konferenz zur Zukunft Europas? Wie kann Digitalisierung im Dienste der Menschen gelingen? Und: Wie gelingt ein fairer und gerechter Wandel in der Arbeitswelt? Auf der Grundlage gemeinsamer Diskussionen werden im Anschluss crossmediale Unterrichtsmaterialien entwickelt, die das Thema Europa in seinen aktuellen politischen Dimensionen aufgreifen, einen Bezug zur Lebensrealität der Schüler herstellen und sowohl für den regulären als auch für den Distanzunterricht geeignet sein werden. Die nächsten Veranstaltungen der Fortbildungsreihe finden am 10. November und 10. Dezember statt.

■ *DigiPackEU 2021*



MEDIENEIGENTUM

Ausschreibung zum Medienpluralismus

Die Kommission hat eine zweite Ausschreibung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, um das von der EU kofinanzierte System zur Beobachtung der Medieneigentümerschaft zu ergänzen. Diese Ausschreibung wird das erste laufende Pilotprojekt ergänzen und eine länderbezogene Datenbank zum Medieneigentum in den zwölf Mitgliedstaaten bereitstellen, die von der ersten Auflage nicht erfasst wurden. Das System zur Überwachung des Medieneigentums wird die einschlägigen rechtlichen Rahmenbedingungen und die Risiken für die Transparenz des Medieneigentums bewerten.

Es soll auch potenzielle Risiken für den Medienpluralismus aufzeigen und Informationen liefern, um den Nachrichtenmedienmarkt besser zu verstehen. Interessierte Konsortien, die auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene im Bereich Medienfreiheit und -pluralismus arbeiten, können sich bis zum 15. Dezember für diese Ausschreibung bewerben. Der Höchstbetrag der EU-Förderung für dieses Projekt beläuft sich auf 500.000 Euro.

■ *Medienpluralismus*